

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889

10.4.1889 (No. 99)

Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 10. April.

N^o 99.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile ober deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1889.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 9. April.

Der französische Senat ist nun als Gerichtshof in der Anklage gegen Boulanger eingesetzt und wird seine Thätigkeit als solcher beginnen, ohne den Abschluß der Kammerberatung über die Vorlage, welche das richterliche Verfahren des Senats zu regeln unternimmt, abzuwarten. Der Justizminister verwies gestern den Senat darauf, daß derselbe das Recht habe, sein Verfahren selbst zu regeln, er erinnerte an die Präcedenzfälle, in denen das bereits geschehen ist, und indem der Senat diesen Ausführungen des Ministers beipflichtete und einen Verschleppungsantrag Buffets mit 178 gegen 77 Stimmen ablehnte, hat er alle weiteren Einwendungen abgeschnitten. Die Deputirtenkammer mag die ihr unterbreitete Vorlage beschleunigen oder verschleppen, das kommt für den vorliegenden Fall nicht mehr in Betracht. Die Rechte des Senats beschloß zwar, sich an den Arbeiten des Senats als Gerichtshof nicht zu beteiligen, bevor nicht von der Deputirtenkammer die Vorlage über das Gerichtsverfahren des Senats angenommen sein werde, aber die republikanische Senatsmehrheit wird sich durch den Widerspruch der monarchistischen Mitglieder nicht abhalten lassen, am Freitag den Anschlag zu wählen, der die Anklage gegen Boulanger zu prüfen und sich über die Verurteilung des Generals in den Anklagezustand zu äußern hat. Uebrigens besteht in der Kammer keine Neigung, die Vorlage über das Gerichtsverfahren des Senats lange in der Schwebe zu lassen; die „Autorité“ meldet heute, es seien zu der Vorlage 248 Änderungsanträge eingebracht, und empfiehlt, diese Anträge durch Stellung der Vorfrage in Vorschlag und Vogen zu befeitigen. Bei den Gerichtsverhandlungen des Senats handelt es sich bekanntlich nicht um Boulanger allein, sondern auch um dessen Komplizen. Als die Mitschuldigen Boulangers, auf welche die Untersuchung ausgedehnt werden dürfte, bezeichnet die „Republique française“ den Grafen Dillon, Henry Rochefort, den General du Barail, den Abgeordneten Laguerre und zwei Pariser Journalisten. Den Freunden Boulangers wird bei der Aussicht auf den Prozeß doch unbehaglich zu Muth, denn auch die Abgeordneteneigenschaft dürfte sie nicht mehr lange vor einer etwaigen Verhaftung schützen. Die Deputirtenkammer beabsichtigt nämlich am Samstag eine Pause in ihren Sitzungen eintreten zu lassen, um dem Senat für die Gerichtsverhandlungen völlig freien Spielraum zu lassen, und während der Vertagung der Kammer ist die Unverletzlichkeit der Abgeordneten aufgehoben. Die Wortführer des Boulangismus scheinen angesichts dieser Thatsache zu der Meinung hinzuneigen, daß Boulanger das bessere Theil erwählte, als er die schleunige Abreise nach dem Auslande der Aussicht auf ein politisches Martyrium vorzog, und sie haben nicht übel Lust, dem Beispiele ihres Meisters zu folgen. Pariser Blätter verzeichnen das Gerücht, Laguerre und einige seiner Freunde beabsichtigten, vor der Vertagung der Kammer nach Belgien zu flüchten. Laguerre stellt diese Absicht entkräftet in Abrede; aber man erinnert sich, daß auch Boulanger den Gedanken an eine Flucht entschieden leugnete, als sein Koffer schon fertig gepackt war.

Deutschland.

* Berlin, 8. April. Seine Majestät der Kaiser unternahm gestern Nachmittag eine Spazierfahrt nach dem Park von Charlottenburg. Nach der Familientafel verblieb der Monarch in seinem Arbeitszimmer. Heute Vormittag hatte der Kaiser eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten unternommen. Nach dem königlichen Schlosse zurückgekehrt, arbeitete Seine Majestät mit dem Chef des Civilkabinetts, Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Lucanus, und mit dem Staatsminister Grafen Bismarck.
— Ihre Majestät die Kaiserin Augusta empfing am Sonntag Mittag den Besuch Ihrer Kaiserl. Hoheit der Herzogin von Coburg.
— Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich wohnte gestern Abend dem Gottesdienste in der hiesigen englischen Kapelle bei. Heute Nachmittag war Ihre Majestät mit den Prinzessinnen-Töchtern einer Einladung zur Frühstückstafel nach dem königlichen Schlosse gefolgt.
— Der kaiserliche Hof hat für die verstorbene Herzogin von Cambridge auf die Dauer von 14 Tagen Trauer angelegt.
— In Parlamentskreisen verlautete den „B. P. N.“ zufolge heute, daß das Entlassungsgesuch des Kriegsministers Bronsart v. Schellendorff vom Kaiser angenommen sei und General Verdy du Vernois zu seinem Nachfolger ernannt werden solle.
— Der Chef des Generalstabes der Armee, Alfred Graf v. Waldersee, feierte heute seinen 58. Geburtstag.

— Generalmajor Vogel v. Falkenstein, bisher Kommandeur der 2. Garde-Infanteriebrigade und kommandirt zur Dienstleistung beim Kriegsministerium, ist zum Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements im Kriegsministerium ernannt worden. Sein Vorgänger in dieser Stellung, Generalleutnant v. Blume, ist an Stelle des nach Metz versetzten Generalleutnants v. Verjen zum Kommandeur der 8. Division in Erfurt ernannt worden.

— Mit dem in dieser Nacht plötzlich dahingegangenen General der Kavallerie Frhrn v. Schlottheim hat unser Heer, wie die „Allg. Ztg.“ hervorhebt, wiederum einen seiner hervorragendsten und verdientesten Offiziere verloren. Während des Feldzuges von 1866 war er als Oberst der Chef des Generalstabes des 8. Armeecorps (unter Herwarth v. Bittenfeld), den französischen Feldzug begann er als Kommandeur der hessischen Kavalleriebrigade, die unter ihm ihre Feuerprobe am 18. August erhielt; schon am 19. August 1870 wurde er zum Chef des Stabes der Maasarmee ernannt und seinem Oberbefehlshaber, dem damaligen Kronprinzen von Sachsen, hat er während des ganzen Feldzuges als ausgezeichneter und hochgeschätzter Berater zur Seite gestanden. Vom 20. März 1872 an führte er die mecklenburg. Division, am 18. September 1880 wurde er zum kommandirenden General des 11. Armeecorps ernannt, und diese Stellung, in der er am 1. Juli 1885 sein 50jähriges Dienstjubiläum feierte, bekleidete er bis zum 22. März d. J., wo er auf sein dringendes Ansuchen vom Kaiser mit hohen Ehrenauszeichnungen in den Ruhestand versetzt wurde.

— Dem Patrouillenführer Schausch Chomba Wadi Hamit in Bagamoyo ist von Seiner Majestät dem Kaiser das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse verliehen worden.

— Das Abgeordnetenhaus nahm in dritter Lesung die Vorlage betr. Uebertragung der polizeilichen Befugnisse in den Kreisen Teltow-Niederbarnim und Stadtreis Charlottenburg an den Polizeipräsidenten in Berlin nach den Beschlüssen der zweiten Lesung an. Die Gesetzentwürfe über die Heranziehung von Fabriken zu dem Wegebau in der Rheinprovinz, sowie die Errichtung des Gerichts in Kontop wurden gleichfalls in dritter Lesung genehmigt. Schließlich erledigte das Haus mehrere dritte Lesungen und Petitionen von vorwiegend lokalem Interesse ohne bemerkenswerthen Zwischenfall.

— Nach einer vom Wolffschen Bureau übernommenen Meldung der „Post“ soll Hofprediger Stöcker, wie verlautet, von der zuständigen Behörde die Weisung erhalten haben, sich zwischen dem Amte als Hofprediger und seiner politischen Thätigkeit außerhalb seines Mandates endgültig zu entscheiden.

Bosen, 8. April. Erzbischof Dinder hat heute einen Aufruf erlassen, in welchem er das furchtbare Elend und die große Noth schildert, die die Stadt und einen Theil der Provinz durch die Ueberschwemmung betroffen, und Alle, die ein mitleidiges, edles Herz besitzen, auffordert, nach ihren Kräften zur Milderung des Elends beizutragen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. April. Das Herrenhaus nahm heute das Wehrgesetz nach einer Debatte an, aus welcher eine bemerkenswerthe Rede des Generalstabschefs Feldzeugmeister Beck zu verzeichnen ist. Er führte aus, nationale Aspirationen im Heere seien politischer Selbstmord; eine gemeinsame Armeesprache sei notwendig, die Offiziere könnten nicht durch einen Dolmetsch verkehren. — Das Abgeordnetenhaus genehmigte das Gesetz betr. Aufhebung der Freihäfen Triest und Fiume bis 1. Juli 1891. Der Handelsminister kündigte einen Gesetzentwurf betreffend die Einzelheiten der Einbeziehung dieser Häfen in das allgemeine Zollgebiet für den Herbst an und betonte, daß das erforderliche Einvernehmen mit Ungarn erzielt sei. Von morgen an sollen im Abgeordnetenhaus Abend Sitzungen stattfinden, um das Budget bis Ende dieser Woche zu erledigen. Wie hiesige Blätter erfahren, wird der Reichsrath über die Osterferien nicht offiziell vertagt werden, und es wird gegen Ende des Monats April auch das Abgeordnetenhaus zu einer Nachsitzung wieder zusammentreten. — Im ungarischen Unterhause brachte der Ministerpräsident Tisza heute das (von den beiden Häusern des österreichischen Reichsraths bereits angenommene) Loossperrgesetz ein.

— Die bevorstehende Umgestaltung des Kabinetts Tisza findet in der Presse eine überwiegend günstige Beurtheilung. Besonders der Eintritt Szilagyis als Justizminister wird als eine politische bedeutungsvolle Thatsache angesehen. Szilagy ist einer der hervorragendsten Redner und Debatter des Abgeordnetenhauses, bei allen Parteien in Ansehen stehend. Er ist ein Großwärdener, ein Landsmann des Ministerpräsidenten Tisza, und lebt gegenwärtig im 49. Lebensjahre. Nach Vollendung seiner

juristischen Studien stand er eine Weile im Dienste der Presse als Mitarbeiter eines Tagblattes; als jedoch das erste ungarische Ministerium gebildet wurde, ernannte ihn Justizminister Baltasar Dorvath zum Ministerialsekretär und bald darauf zum Sektionsrath. Im Jahre 1870 sendete ihn die Regierung zum Studium der Justizeinrichtungen nach England und ein Jahr darauf wurde er als Ministerialrath Mitglied jener Kodifikationskommission, die von Lonyay im Ministerpräsidium gebildet wurde. Im Kreise der Deak-Partei spielte der junge Mann gleich eine hervorragende Rolle, so daß er, als er im Jahr 1874 das Justizministerium verließ, zum Professor der politischen Wissenschaften an der Pesther Universität ernannt wurde, welche Stellung er bis auf den heutigen Tag einnimmt. Die Verhandlung über den Ausgleich im Jahre 1877 führte zur ersten Seccession von der großen Fusionspartei Tiszas und es entstand damals die sogen. vereinigte Opposition, in deren Führung Szilagy und Apponyi sich theilten. Vor drei Jahren indest verließ Szilagy diesen Parteiverband und nahm seither eine ganz selbständige Stellung im Parlament ein. Seit 16 Jahren ist Szilagy Mitglied der Delegation, und, wie die „N. Fr. Pr.“ berichtet, wurden seine Ausführungen über die auswärtige Politik auch außerhalb der Monarchie sehr beachtet. Der neue Handelsminister Graf Szapary ist bekannt als früherer Inhaber des Finanzportefeuilles, welches er vor anderthalb Jahren niederlegte. Finanzminister Dr. Alexander Wederle ist erst 41 Jahre alt und hat außerhalb des Parlaments im Bureaudienst eine außerordentlich rasche Carrière gemacht. Er gilt als hervorragende Kraft.

Luxemburg.

Luxemburg, 8. April. In der heutigen Kammer Sitzung erklärte Staatsminister Eyschen, er habe die Ehre und den Auftrag, der Abgeordnetenkammer des Großherzogthums folgende Botschaft Seiner Hoheit des Herzogs Adolph von Nassau mitzutheilen:

Schloß Königstein, 6. April 1889. „Meine Herren Abgeordneten! Artikel 6 und 7 der Verfassung des Großherzogthums, Artikel 32 und 33 des Familienvertrages des namauischen Hauses bestimmen, daß, wenn der König-Großherzog sich in der Unmöglichkeit befindet, zu regieren, es nothwendig ist, die Regentschaft einzusetzen, welche von dem nächsten Agnaten des Herrschers ausgeübt wird. Seine Majestät ist außer Stande, sich mit der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu befassen. In den Niederlanden wurden daher von der niederländischen Regierung im Einverständniß mit dem Staatsrath Maßregeln getroffen, welche zur Einsetzung der Regentschaft nothwendig. Die Regentschaft wurde durch einstimmiges Votum beider Kammern der Generalstaaten, im Kongresse verammelt, erklärt. Wir befinden uns in sehr traurigen, schmerzlichen Verhältnissen. Aber nach der übereinstimmenden Ansicht der Regierung und des Staatsrathes des Großherzogthums glaube ich mich nicht der Pflicht entheben zu können, den Grundgesetzen des Hauses Nassau und Ihres Landes Gehorsam zu leisten, und verlange in der Kammer den von Artikel 8 der Verfassung bestimmten Eid abzulegen. Nach Einsicht der Thnen durch die Regierung vorzulegenden Stücke möge die Kammer dem gegenwärtigen Schreiben die nöthige Folge geben. (gezeichnet) Adolph, Herzog zu Nassau. (gegengezeichnet) Staatsminister und Regierungspräsident Paul Eyschen.

Nach Verlesung dieses Schreibens legte Staatsminister Eyschen den Briefwechsel zwischen dem Staatsrath und der Regierung des Großherzogthums und die Aktenstücke des Verfahrens aus Holland vor, die von dort amtlich mitgetheilt wurden. Dann sagte Eyschen: „Das Leben der Völker wie das des Einzelnen hat Schmerztage und das öffentliche Wohl stellt mitunter harte Anforderungen. Die Erfüllung der den Kronrathen aufliegenden Pflichten ist schwierig; wir hätten aber nicht in dem Geiste, welcher die lange Regierung unseres theuren, unglücklichen Herrschers geleitet hat, gehandelt, wenn wir übersehen hätten, daß im öffentlichen Leben nur das allgemeine Wohl und das Gesetz gilt.“ Der Präsident nahm hiervon Akt und hob die Sitzung auf. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Präsident Servais, da aus amtlichen Mittheilungen hervorgehe, daß der König-Großherzog außer Stande sei, zu regieren, gehe die Regentschaft auf den Herzog von Nassau über. Servais sagte, die Kammer pflichte der Gefühlsäußerung der Regierung bei, indem sie die traurigen Umstände des Entschlusses gegenüber dem Fürsten bedauere, dessen 40jährige Regierung zum Wohle des Landes Glück und Freiheit gebracht. Kammersekretär Hammer verlas das Schreiben des Herzogs, welches die Kammer ersucht, am Donnerstag den Eid entgegenzunehmen. Die Kammer hörte die Erklärung des Präsidenten Servais stehend an und erklärte sich einstimmig bereit, Donnerstag den Eid des Herzogs entgegenzunehmen.

Frankreich.

Paris, 8. April. Im Senat wurde heute das Dekret des Präsidenten Carnot betreffs der Einsetzung des Senats zum obersten Gerichtshof vorgelegt. Das Dekret ist vom heutigen Tage datirt, vom Justizminister Thevenet gegengezeichnet und lautet: „Auf Vortrag des Justizministers und in Anbetracht der am 4. April nachgesuchten und an demselben Tage genehmigten Ermächtigung der Deputirtenkammer zur gerichtlichen Verfolgung verfügt der Präsident der Republik, gestützt auf

Artikel 12, § 3 des Verfassungsgesetzes vom 16. Juli 1875 und nach Beschluß des Ministerraths, was folgt: Artikel 1: Der Senat tritt als oberster Gerichtshof zusammen, um über das Vergehen des Anschlägers gegen die Sicherheit des Staates und andere damit verknüpfte Vergehen Beschlüsse zu fassen, deren Herr Boulanger, George Ernest, General a. D. und Deputirter, und alle diejenigen, welche die Unterfuchung bekannt geben wird, beschuldigt sind. Artikel 2: Der Oberstaatsanwalt am Pariser Berufungsgericht hat die Befugniß des öffentlichen Ministeriums wahrzunehmen. Mit seiner Unterstützung sind beauftragt der Generalanwalt Roulier und der Staatsanwalt Duval von demselben Gerichtshofe. Artikel 3: Der hohe Gerichtshof wird im Senatspalast Luxemburg am 12. April zusammentreten. Artikel 4: Der Justizminister wird mit der Vollziehung des vorstehenden Erlasses beauftragt. Der Senator Leon Renault brachte eine Interpellation bezüglich der Beweggründe ein, welche den Erlass dieses Dekrets veranlaßt haben, worauf der Premierminister antwortete, der Präsident der Republik habe es für angemessen erachtet. Die Regierung verweigere die Auskunft auf die Interpellation. Der Senat beschloß, die Verathung der Interpellation um einen Monat zu verschieben. Buffet wandte gegen die Einsetzung des Senats zum Gerichtshofe ein, daß der Senat die Verhandlungen nicht beginnen könne, bevor ein Gesetz zur Regelung des Verfahrens vorliege. Der Justizminister erwiderte jedoch, es sei nicht Schuld der Regierung, wenn das Gesetz noch nicht vorliege; übrigens sei die Ansicht Buffets irrig, denn der Senat könne aus eigener Machtvollkommenheit das einzuschlagende Verfahren regeln. Die Regierung habe geglaubt, ihre Pflicht zu verletzen, falls sie länger zögere und nicht die Verfolgung wegen des Anschlägers gegen die Sicherheit des Staates beantrage. Buffet beantragte, der Senat möge keinerlei richterliche Befugnisse ausüben, bis das Gesetz zur Regelung des Verfahrens genehmigt sei. Demgegenüber stellte Martin die Vorfrage, die mit 172 gegen 77 Stimmen genehmigt ward und mit der jeder andere Antrag beseitigt ist. Das Haus vertagte sich darauf bis morgen. — In der Deputirtenkammer legte heute Caffé den Bericht über das Verfahren bei Einberufung des Senats als oberster Gerichtshof vor. Der Beschluß der Kammer über die Vorlage ist jedoch ohne besondere Bedeutung, da nach Ablehnung des Antrags Buffet der Senat thatsächlich als Gericht zusammengetreten ist und bereits am Freitag zur Vorprüfung der Anklage den Ausschuß von neun Mitgliedern ernennen wird. Auf Antrag des Ministerpräsidenten Tirard wurde die Vorlage für morgen auf die Tagesordnung gesetzt.

Großbritannien.

London, 8. April. Nach dem Monatsausweis des Handelsamtes betrug der Werth der Einfuhr im März 36 225 883 Lfr., d. h. 3 635 062 Lfr. mehr, als im März 1888. Der Werth der Ausfuhr betrug sich auf 21 381 427 Lfr., was eine Zunahme von 2 334 120 Lfr. gegen denselben Monat des Vorjahres ergibt. Der Gesamtwerth der Einfuhr im ersten Quartal des Jahres 1889 stellte sich auf 106 525 734 Lfr., d. h. 9 616 649 Lfr. mehr, als in demselben Zeitraum des Vorjahres. Die Ausfuhr in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres bezifferte sich auf 60 470 052 Lfr., d. h. 3 846 651 Lfr. mehr, als in dem entsprechenden Quartal des Jahres 1888. — Oberst Hughes-Pallet, der konservative Abgeordnete von Rochester, hat seine Wähler von den Agoren aus benachrichtigt, daß er sich veranlaßt sehe, sein Mandat niederzulegen. — Das Unterhaus nahm in erster Lesung den Gesetzentwurf über die Flottenverfärbung an. Robertson stellte vier Anträge in Aussicht, wegen Einführung einer Lokalverwaltung in Schottland, Bildung von Grafschaftsräthen durch Vertreter, welche alle drei Jahre aus den Volkswahlen hervorgehen, Gewährung des Wahlrechts an Frauen und Verwendbung des Ueberflusses von Lfr. 170 000, welcher sich aus den von den Lokalbehörden überwiesenen Reichsteuern ergibt, zur Einführung des unentgeltlichen Unterrichts. Das Unterhaus nahm sodann nach längerer Debatte in erster Lesung die schottische Verwaltungsbill an.

Dänemark.

Kopenhagen, 8. April. Der ehemalige dänische Gesandte in Berlin, v. Duade, ist gestorben.

Rußland.

St. Petersburg, 8. April. Nach der nunmehr befohlenen Verdoppelung der Grenzwaage an der preussischen und österreichischen Grenze beträgt deren dortige Stärke etwa 30 000 Mann. Die Grenzwaage wird vorläufig unter dem Finanzministerium verbleiben. Die Maßregel der Verstärkung wird mit dem Hinweis auf die Zunahme des Schmuggelhandels infolge der hohen Zölle begründet. — Wie man der „Polit. Korresp.“ schreibt, hat die russische Regierung den Beschluß gefaßt, die strategisch wichtige Transkaukasische Bahn zu verstaatlichen und den Betrieb derselben unverweilt in Staatsregie zu übernehmen.

Der „Swojet“, der seit einer Reihe von Jahren keine Gelegenheit vorübergehen ließ, um für Frankreich einzutreten, und der vor kurzem noch in einem Bündniß zwischen Frankreich und Rußland das sicherste Heilmittel erblickte gegen alle politischen Lebel, unter denen Rußland leidet, wendet sich plötzlich von Frankreich ab und verkündet, daß Rußland „seine Stärke nur in sich selbst zu suchen habe und keinen Bundesgenossen in Europa besitze“. Die deutsche „St. Petersburger Zeitung“, die einen Auszug aus dem Swojet-Artikel wiedergibt, führt die unerwartete Schwankung des panslavistischen Blattes auf seine Verstimmung gegen die heutige republikanische Regierung in Frankreich zurück. Die genannte „St. Petersburger Zeitung“ hat damit, wie die Berliner „Post“ bemerkt, zweifelsohne das Richtige getroffen, doch glaubt das Berliner Blatt hinzufügen zu müssen, daß das

Erhalten der Gefühle des „Swojet“ für Frankreich mit der energischen Haltung der heutigen französischen Regierung gegenüber dem General Boulanger in unverkennbarem Zusammenhange stehe. Die „Post“ schreibt: „Alle diejenigen französischen Elemente, welche auf einen Krieg mit Deutschland hinarbeiten und durch ihre lärmenden Demonstrationen allein schon zur Beunruhigung der Gemüther beitragen, haben bei dem „Swojet“ und dessen Gefinnungsgenossen stets die herzlichste Theilnahme gefunden: so Drouot auf seinem Triumphzuge durch Rußland, wo der ehrenwortbrüchige Mann und Hrasenheld wie der zukünftige Befreier Frankreichs begrüßt und gefeiert wurde, während man für den Präsidenten Greub, den Mann der Ruhe und Ordnung, nur Worte der Verachtung und des Spottes fand; — und so auch Boulanger, der trotz seiner Lächerlichkeit und trotz des gesägten Wortes, daß das Lächerliche in Frankreich tödtet, gleichzeitig der ausgewählte Mann der französischen Chauvinisten und der russischen Panlavisten war. Aber Drouot sieht heute auf der Anlegebank, und Boulanger läßt sich das weiße Brod des Exils schmecken aus Furcht vor der französischen Gefangenensold die seiner möglicherweise wartet. Dies ist der Grund der Schwankung der panslavistischen Presse, die in ihrer fieberhaften Sucht nach Unruhe und Aufregung der heutigen französischen Regierung feindlich gegenüber tritt, weil sie zu erkennen glaubt, daß diese den Muth besitzt, energische Maßregeln zu ergreifen, um die gewissenlosen Störer des Friedens in Frankreich zur Ruhe zu verweisen und zu zwingen, sich ruhig zu verhalten.“

Rumänien.

Bukarest, 8. April. Die rumänische Ministerkrise ist nicht so leicht aus der Welt zu schaffen, da die Männer, die Lascar Catargi zu seinen Mitarbeitern ausersuchen hat, nicht mit einander wirken wollen. Catargi möchte die drei konservativen Mitglieder des bisherigen Cabinets, N. Lahovary, den General Manu und Bernesco, beibehalten, aber Lahovary und Manu weigern sich, mit Bernesco zusammen zu arbeiten, was man ihnen nach Allem, was über Bernesco's Eigenmächtigkeiten bekannt geworden ist, nicht gerade verdenken kann. Im Uebrigen gedenkt Catargi das neue Cabinet aus Elementen der verschiedenen oppositionellen Gruppen zu bilden.

Serbien.

Belgrad, 8. April. Gestern überreichte der rumänische Gesandte Bacarescu das Antwortschreiben des Königs Karl auf die amtliche Anzeige von der Thronbesteigung des Königs Alexander. König Karl spricht den lebhaften Wunsch nach Aufrechterhaltung der bestehenden guten Beziehungen zwischen Rumänien und Serbien aus.

— Dragan Zankoff hat, wie man der „Polit. Korresp.“ von hier schreibt, seine Gelegenheit gefunden, mit den maßgebenden Persönlichkeiten Serbiens über etwaige politische Pläne, sei es in Bezug auf Bulgarien, sei es in anderer Richtung, in einem Gedankenaustausch einzutreten. Er ist allerdings von den leitenden Persönlichkeiten Serbiens empfangen worden, die Aufnahme aber, die er bei denselben fand, war eine deraut fähle, daß er sich zu einer vertraulichen Darlegung der etwa seinerseits mit dem Aufenthalt in Serbien verknüpften Absichten oder irgend welcher politischen Projekte unmöglich ermutigt fühlen konnte. Von allen sonstigen Erwägungen abgesehen, ist für eine solche Haltung gegenüber Zankoff bei den Staatsmännern, die heute die Geschicke Serbiens lenken, schon die Erinnerung an die Thatfache maßgebend gewesen, daß Zankoff als der eigentliche Urheber der zwischen Serbien und Bulgarien entstandenen Mißbilligkeiten wegen der Bregowa-Frage angesehen werden muß, die einen tiefen Zwiespalt zwischen den beiden Völkern herbeiführt hatten. Falls Zankoff sich der Hoffnung hingeben hätte, mit den leitenden Männern des serbischen Staates in nähere Beziehungen zu treten, kann er daher nur eine schwere Enttäuschung erfahren haben. Nach anderweiten Meldungen hat Zankoff an seine Parteigenossen in Bulgarien geschrieben, er werde dorthin nicht zurückkehren, so lange ein illegales Fürst den bulgarischen Thron usurpirt hält und eine ungesegnete Regierung die Geschicke Bulgariens leitet. Seine Freunde mögen sich gedenken.

Afrika.

Kairo, 8. April. Die ägyptische Regierung, welche die gesetzliche Befugniß zur Konversion der privilegierten Anleihe außer Zweifel stellen wollte, befragte auch drei hervorragende Mitglieder des gemischten Gerichtshofes, nämlich den englischen, französischen und italienischen Vertreter. Dieselben bestätigten einstimmig die Ansicht der ägyptischen Rechtsgelehrten, daß die Regierung gesetzlich befugt sei, die Schuld zu konvertiren oder al pari zurückzuzahlen.

Zeitungstimmen.

Die „Österreichische Zeitung“ schreibt: Thorheit und Uebelwollen nehmen nicht Anstand, die Freunde und Förderer unserer Kolonialpolitik für das nationale Unglück in Samoa verantwortlich zu machen. Dieser Vorwurf zeugt von kurzsichtiger Verblendung und Ungerechtigkeit; das genaue Gegentheil entspricht den Thatfachen. Die Samoainfeln sind nicht deutsche Kolonien, sie sind es leider nicht. Hätten seiner Zeit die Gegner der Kolonialpolitik dem Wunsche der Regierung und der Kolonialfreunde zugestimmt, dann war Samoa unser, unser ohne Schwertkreich. Alsdann konnte weder der Frevelmuth eines Abenteuerers, noch der Wankelmuth mißleiteter Samoaner unsere wackeren Brüder meuchlerisch überfallen; alsdann bedurfte es nicht der so langen und langwierigen Nachentfaltung unserer Flotte vor neutralem Lande und alsdann würde der verheerende Dstlan wahrscheinlich kein einziges deutsches Kriegsschiff dort vorgefunden haben. Das ist die Wahrheit. Gäbe es Mitschuldige an dem nationalen Unglück, so wären es unsere Gegner. Auf unserer Seite sitzen sie nicht.“

Die „Magdeburger Zeitung“ tritt lebhaft für die Beibehaltung der Altersrente ein und weist auf die analoge Spezialgesetzgebung im Königreich Bayern hin, indem sie schreibt: „In Bayern, wo man seit vorigem Jahre für die bei der königlichen Staatsseifenfabrikverwaltung beschäftigten Werkstätten- und Betriebsarbeiter eine Alters- und Invalidenfürsorge durch Errichtung einer Pensionskasse eingeführt hat, besteht gleichfalls die Bestimmung, daß die Erwerbsunfähigkeit mit der Erreichung des siebenzigsten Lebensjahres als vorhanden angenommen wird, und nicht anders verhält es sich in dieser Beziehung in anderen Staaten, welche ähnliche Einrichtungen besitzen. Ohne die Altersrente wäre das dem Reichstage vorliegende Gesetz unvollkommen und mangelhaft, es wäre außer Stande, den Zweck zu erreichen; seine Wir-

lungen würden in bedeutendstem Maße beeinträchtigt und in Frage gestellt werden, das Gebäude der Sozialreform bliebe unvollendet. Wir sind deshalb der Ansicht, daß die Gesetzgebung mit aller Entschiedenheit an der Altersrente festhalten muß, und hoffen zuversichtlich, daß auch die dritte Lesung keine Aenderung in dieser Beziehung hervorbringen wird.“

Zur Debatte des Reichstags über den Reichszuschuß bemerkt die „National-Zeitung“: „Den fleischlichen Einwendungen des Herrn Richter und dem Widerspruch liberaler Redner gegenüber, dessen uneingeständenes Motiv die Abneigung gegen jeden tiefgreifenden Einfluß des Staates auf die Massen ist, führte Herr v. Bennigsen vor Allem aus, daß es sich hier um die wichtigste staatsmännliche Aufgabe handelt, welche angesichts neuer gewaltiger Bewegungen immer gelöst werden muß, sofern eine bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten werden soll: die Aufgabe, aus einer solchen Bewegung die berechtigten Gedanken herauszubekommen und zu verwirklichen. Dadurch wird auch andererseits die Berechtigung, die bestehende Ordnung nötigenfalls mit allen Nachmitteln gegen die Versuche des Umsturzes zu verteidigen, eine um so größere. — Neben dieser bedeutungsvollen Rede des nationalliberalen Führers war in der Debatte am bemerkenswerthesten die erneute scharfe Auseinandersetzung im Centrum. Herrn Windthorst und den Seinen hand heute Herr Reichenberger als Befürworter der Vorlage gegenüber — einst der Führer des alten Centrums, welches nicht, wie das Windthorst'sche, keine Aufgabe in der Zuspitzung der konfessionellen Gegensätze fand. Ein liberales Blatt bezeichnete jüngst die Einhaltung einer „mittleren Linie“ als die Bedingung für den Fortbestand des Centrums. Wenn in dieser Partei irgend Jemand als Vertreter einer solchen „mittleren Linie“ gelten kann, so ist es sicherlich Herr Reichenberger — und er wurde heute von den Parteiführern und einem der Intransigenten heftig bescholten.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 9. April.

Der Lloyd-Agent Brazzafolli ist zum deutschen Vizekonsul in Ghios und der Kaufmann Max Cohn zum deutschen Vizekonsul in La Libertad (Salvador) ernannt worden.

* (Das Verordnungsblatt der Generaldirektion der Großh. Badischen Staatsbahnen) Nr. 18 enthält Bekanntmachungen betreffend den Mannheimer Waimarkt, einen Nachtrag zur Freitaxtarliste, die Abtrennung des Postdienstes vom Eisenbahndienste, die Vorausbestellung von Schlafwagenplätzen, Bahndienstwagen, das Adressenverzeichnis der Wagenverwaltungen, das Verzeichnis zur Waarenstatistik, Betriebsöffnungen und Mittelteilungen.

* (Das Verordnungsblatt der Polizeidirektion) Nr. 7 enthält Bekanntmachungen betreffend die Anstellung der Schlussnoten zur Entrichtung der Reichskampfabgaben, die Ausführensbestimmungen zu dem Judex- und zu dem Branntweinsteuergesetz, die Abfertigungsbesugnisse der Steuereinkommenerien und Druckfehlerberichtigungen.

□ (Sophus Tromholt), der norwegische Astronom und Nordlichtforscher, eröffnete gestern im großen Eintrachtsaale einen Cyclus von vier populär-astronomischen Vorträgen. Der gefragte erste Abend war dem steten Begleiter unserer Mutter Erde, dem Monde, geweiht und hat sich der Redner bei der Lösung der von ihm übernommenen Aufgabe ebenso sehr als gründlicher Kenner seines Faches, als auch als gefühlvoller Redner desselben uns gezeigt. In der nur kurz ihm zugemessenen Zeit hat Herr Tromholt in erschöpfender Weise uns mit der näheren Beschaffenheit des Mondes sowohl in seiner jetzigen Gestalt, wie auch in der Entstehung dieser letzteren bekannt gemacht. In hohem Grade wurden die Ausführungen durch die mit größtmöglicher Deutlichkeit wiedergegebenen Mondlandschaften unterstützt, die überseits wieder durch Gegenüberstellung von Ansichten von Punkten unserer Erde (Wulkan u. a.) an Anschaulichkeit gewannen. Insbesondere war in Betreff des Größenverhältnisses diese Gegenüberstellung von hohem Werthe. Die wichtigsten und größten Bergzüge und sonstigen Terrainrisse führte Redner uns im Bilde vor Augen. Die freisichere Terrainbildung ist die vorherrschende, dieselbe tritt in den Gebirgszügen, den sog. Ringgebirgen, besonders augenfällig auf, deren Ringe meist das Bett von Kratern sind. Daneben kommen indes auch Kängengänge, Klüften, vor, die unserem Auge als schmale Streifen — Mondstraßen, wie man sie früher nannte — erschienen, dabei aber in Wirklichkeit eine Breite von mehreren Tausend Fuß messen. Die Größenmessungen der Mondgebirge sind vorzugsweise auf die Messung der von den Bergen geworfenen Schatten angewiesen und ist daher die Zeit kurz vor oder nach Neumond die passendste, wo die Sonnenstrahlen nicht direkt senkrecht auffallen. Eine Weiterverbreitung des Lichtes durch Luft ist ausgeschlossen, da der Mond weder Luft noch Wasser aufweist.

Auf alle die vielen hochinteressanten Einzelheiten des Vortrages näher eingegangen würde zu weit führen, und müssen wir uns daher auf das wenige Besagte beschränken, doch wollen wir nicht unterlassen, dem Redner für den uns bereiteten gewöhnlichen Abend unsern Dank an dieser Stelle auszusprechen, mit dem Wunsche, daß die noch folgenden Vortragsabende einen noch stärkeren Besuch aufweisen, als dies gestern der Fall war. Die immerhin sehr ansehnliche Zuhörerschaft lobte den Redner mit wohlverdientem Beifall.

§§ Mosbach, 8. April. Frauenarbeitschule. — Katholischer Krankenverein. Gestern wurde der vierte Kurs der vom Frauenverein gegründeten Arbeitschule geschlossen. Die 34 Schülerinnen waren theils aus hiesiger Stadt und Umgegend, theils aber auch aus den Amtsbezirken Eberbach und Redarvichhofheim. Die sehr reichhaltige Ausstattung der gelehrten Gegenstände im Weißnähen, Kleidermachen, Zeichnen, Sticken und Knäpfen hatte am gefrigen Sonntag einen überaus erfreulichen Besuch aufzuweisen und gebührt der Leiterin, dieser in Karlsruhe ausgebildeten Lehrerin, Fräulein Wörner, alles Lob. — Der Katholische Krankenverein hat für das Jahr 1888 seinen Rechenschaftsbericht veröffentlicht. Die Mitgliederzahl beträgt 122, die Einnahme 1452 M. 50 Pf., die Ausgaben eben so viel; es wurde davon eine Spareinlage von 300 M. gemacht und findet sich noch ein Kassenrest von 204 M. 34 Pf. vor. Die Krankenpflege wird durch drei darmbergige Schwestern aus dem Mutterhause St. Marx geleitet. Der Vorstand des Vereins, Herr Stefan Spiegel, dankt den Schwestern für ihre selbstlose Hingebung im Dienste der Kranken.

§ Heilberg, 8. April. Umbau des Rathhauses. — Bürgerausschuß. — Stadtorchester. Für den Umbau bezw. die Vergrößerung des hiesigen Rathhauses sind

von dem Bürgerauschuss bis jetzt 208 000 M. bewilligt worden. Die Summe hat sich indessen als unzulänglich erwiesen, so daß der Stadtrath sich genöthigt sieht, mit einer Mehrforderung in Höhe von 50 000 M. vor die Bürgerchaft zu treten. Die Summe soll diesmal aus Anlehensmitteln entnommen werden, während des bisherigen Aufwand aus Wirtschaftsmitteln bestritten wurde. Die Mehrforderung ist hauptsächlich veranlaßt durch Ueberforderung des Anschlags für Mauer- und Steinarbeit infolge ungünstiger Fundamentierungs-Verhältnisse. Der Ausbau des vierten Stockes des neubauten Theiles soll mit Rücksicht auf die schon gemachten großen Aufwendungen vorerst noch unterbleiben. Das Rathhaus besteht jetzt aus einem alten Mittelbau und einem neuen nördlichen Flügel, es sieht daher zur Zeit durchaus nicht symmetrisch aus. Der fehlende südliche Flügel wird natürlich auch noch gebaut werden, indessen dürfte bis dahin noch manches Jahr verfließen. Eine hervorragende Sehenswürdigkeit wird in dem Rathhaus der nach den Entwürfen des Herrn Architekten Kender in der Ausführung begriffene große Saal werden. — In der nächsten Bürgerauschuss-Sitzung werden dann noch zwei weitere Vorlagen des Stadtraths zur Berathung gelangen. Die eine bezieht sich auf die Neuordnung der Baugebühren durch Ortsstatut, die andere betrifft die Einbeziehung der Handlungs- und Apothekenhilfen und Gehilfen, sowie der Personen, welche von Gewerbetreibenden außerhalb ihrer Betriebswerkstätten beschäftigt werden, in die Krankenversicherung. — Morgen gibt das reorganisirte und auf die Stadt übernommene Orchester sein erstes Konzert in dieser Saison. Bis zum Eintritt des wärmeren Jahreszeit wird in dem Saale der „Saxonia“ oder des „Museums“ gespielt werden. Wenn übrigens die gegenwärtige Witterung anhält, dann wird man bald im Freien sitzen können.

† **Freitag, 8. April.** (Städtisches. — Unglücksfall.) Bei der heute Vormittag vorgenommenen Wahl eines Mitglieds des Stadtrathscollegiums als Ersatz für den Bürgermeister gewählten Herrn Karl Morstadt ging Herr Fabrikant Otto Wolf mit Stimmeneinheit aus der Wahlurne hervor. — In der heutigen Sitzung des Stadtverordnetencollegiums wurde die Tagesordnung in folgender Weise erledigt: 1. der mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Schlusser abgeschlossene Dienstvertrag wurde einstimmig genehmigt. Derselbe ist für den Zeitraum von 9 Jahren gültig, für Herrn Schlusser aber nur so lange bindend, als er von der Staatsbehörde Urlaubsbewilligung erhält. Das Gehalt beträgt neben freier Wohnung und Vergütung der Umzugskosten 6 000 M., wovon aber nur 5 000 zur Berechnung der Pension beigezogen werden. 2. Die vom Stadtrath beschlossene Bildung von 15 Kommissionen für die verschiedenen Zweige der Stadtverwaltung wurde ebenfalls einstimmig gutgeheißen. Die dabei in Betracht kommenden Personenfragen sollen erst später durch den Stadtrath erledigt werden. — Einem seit langer Zeit bestehenden eigenthümlichen Mißstand, wonach die Stadthäuser gegenüber der Bahn nur stets einen Vorprung von 8—15 Min. hatten, wurde nunmehr durch Stadtrathliche Verordnung ein Ende gemacht. Sämmtliche öffentliche Uhren sollen demzufolge Bahnzeit erhalten. — Beim Neubau des Schaller'schen Bierkellers ereignete sich gestern Nachmittag ein bedauerlicher Unglücksfall, indem ein Arbeiter von einer etwa 10 Meter hohen Mauer herabstürzte.

Theater und Kunst.

— **k. Karlsruhe, 9. April.** (Großes Hoftheater.) Mit der am vergangenen Sonntag neu einstudirt gegebenen „Stimmen von Portici“ hat unsere Bühne ihrem Repertoire nach etwas langem Bedenken ein Werk zurückgewonnen, das zu den eigenartigsten, lebenskräftigsten und wirkungsvollsten des ganzen Opernrepertoires gehört. Bekannt ist die politische Rolle, welche die „Stimmen“ spielt hat. Nach musikalischer Seite hat Auber, den man bis dahin nur als einen unübertrefflichen Meister des präzisesten, geist- und humorvollen musikalischen Lustspiels, des feinen, reich pointirten musikalischen Konversationstons kannte, dem Publikum mit der „Stimmen von Portici“ seine geringere Ueberschaubarkeit bereitet, als Rossini mit seinem Tell. Auber beherrscht in der „Stimmen“ den Ton und den Apparat der großen Oper in vollendeter Weise. Dabei verschmäht er im großen Ganzen das hohe Pathos, die nichtsagende Breite; seine Musik ist mit geringen Ausnahmen wahr und überzeugend, voll melodischer Frische, schätzmüthiger Schlagkraft, hinreißender Feuerkraft. Immer neue Bewunderung erregt die realistische Schilderungskraft, die er in den Volksscenen kundgibt. Wenn man den zweiten Akt mit dem ihn beherrschenden Schifferlied, insbesondere aber den trotz seines knappen Rahmens in den schärfsten, gewaltigsten Kontrasten eine Fülle von Leben und Farbenglanz entfaltenden dritten Akt hört, so fühlt man sich gleichsam versetzt in das Land, worin die Handlung sich abspielt, unter die auf- und abwogende italienische Volksmenge, die in immer mächtiger anschwellendem crescendo schreit und lacht, tanzt und singt, betet und agitirt und endlich in einmüthiger Begeisterung zur Vollführung des blutigen Nachwertes schreitet. Die musikalisch wertvollsten Partien sind der Masaniello, Pietro und die Fenella, letztere insofern, als ihre „Kumme Sprache“ in der melodramatischen Begleitung des Orchesters eine musikalische Verdeutlichung gefunden hat, die von tief ergreifender Wahrheit des Ausdruckes ist. Auber verleiht bekanntlich nicht aus wohl überlegten dramatischen Gründen darauf, diese Kumme Hauptperson in seine Oper aufzunehmen, sondern weil damals die große Oper zu Paris keine hervorragende dramatische Sängerin, dagegen eine entzückende Tänzerin aufwies, die sich für eine derartige Aufgabe in vorzüglicher Weise eignete. Die keineswegs leicht ausführbare Rolle ist bei der hiesigen Neueinstudirung des Werkes Fräulein Boch zugetheilt worden. Die Künstlerin erzielte nach jeder Richtung einen sehr günstigen Eindruck; ihre Erscheinung war von gewinnender Anmuth, ihre Gebärden sprachen von großer Lebendigkeit und bezeichnendem Ausdruck. Von Herrn Oberländer kennen wir nur wenige Leistungen, die eine gleich dramatische Befehlung aufweisen, wie sein Masaniello. Was dieser Gehalt noch abgeht, darf kaum dem Mangel an Verständniß und innerer Anteilnahme zugeschrieben werden, sondern hängt mit dem Charakter der Stimme des Sängers zusammen. Zu hinreichender Wirkung kann das Schummerlied gebracht werden; es bedarf aber dazu einer weichen, schmelzreichen Stimme, überdies muß der Sänger verstehen, durch sein bemessene Modulation innerhalb des Piano den Eindruck der Monotonie zu verhüten. Die Partie des Pietro wurde auswärtsweise von Herrn Mühlhölzer vom Mannheimer Hoftheater gesungen. Volle Anerkennung gebührt Frau Carlarer und Herrn Rosenberger. Die Einstudirung ließ bis auf eine kaum in Betracht kommende Schwankung die größte Sorgfalt erkennen. In vorzüglicher Weise wurde vom Chor das Gebet im 3. Akte vorgelesen.

Verschiedenes.

W Moskau, 8. April. (Das Richard Wagner-Theater) hat seinen Uebelungen-Erfolg mit einer einmaligen Aufführung im großen kaiserlichen Theater unter glänzendem Erfolge begonnen. Die Sopranfängerin Schläger sang die Bräutlinge in der Walküre.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)
Berlin, 9. April. Der Reichstag setzte heute die Berathung der Alters- und Invalidenversicherungs-Vorlage fort. Bei § 30 betreffend die Versicherungsanstalten, welche nach Bestimmung der Landesregierungen zu errichten sind, beantragte Bebel eine Reichsversicherungsanstalt, welche Verwaltungsbezirke für weitere Kommunalverbände errichtet, und deren Organisation der Bundesrath festzustellen hat!

Duvigneau und Genossen beantragten, die Alters- und Invalidenversicherung der Reichsversicherungsanstalt zu übertragen.
Staatsminister v. Boetticher empfahl dringend die Annahme des Regierungsvorschlags.

Die Bundesbevollmächtigten Freiherr v. Marschall (Baden) und Graf Zeppelin (Württemberg) verwahren sich gegen die Unterstellung, daß politische Motive bei der Vorlage mitgespielt hätten.

Nach längerer Debatte wurde § 30 unter Ablehnung der Anträge Duvigneau und Bebel gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Freisinnigen und der Socialdemokraten in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso die §§ 31 bis 35 ohne Erörterung.

Nach § 36 soll der Vorstand der Versicherungsanstalt die Eigenschaft einer öffentlichen Behörde haben. Frigen (Centrum) beantragte die Streichung der Bestimmung, daß die von den Kommunalverbänden bestellten Beamten der Bestätigung durch die Landesregierung bedürfen. v. Bennigsen sprach gegen diesen Antrag.

Minister v. Boetticher erklärte, seitens der Regierung sei die Annahme des Antrages nichts entgegen. Gegenüber Schmidt erwiderte der Minister, die Regierungen hätten nicht beabsichtigt, durch den Vorstand eine Vertretung der Arbeitgeber und Arbeiter zu ermöglichen; man habe den Versicherungsanstalten nur das Recht geben wollen, Personen in den Vorstand zu wählen, von deren Theilnahme an den Geschäften sich irgend ein Vortheil für die Versicherungsanstalten ergeben könnte.

§ 36 wurde mit dem Antrag Frigen und dem Antrag Struckmann auf Streichung der Worte, welche neben den eigentlichen Beamten die Wahl von Arbeitgebern und Versicherern in den Vorstand zulassen, angenommen. Die folgenden vom Ausschuss handelnden §§ 37, 38 und 39 wurden unverändert genehmigt. Heute Abend 8 Uhr: Wahlprüfungen.

Berlin, 9. April. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die auf Ansuchen erfolgte Entlassung des Staats- und Kriegsministers Bronart v. Schellenborn und die Ernennung der Generals Verdy du Vernois zum Staats- und Kriegsminister.

Berlin, 9. April. Der Generalstabsarzt a. D. Dr. v. Lauer ist in der vergangenen Nacht gestorben.
Gustav v. Lauer war am 10. Oktober 1808 in Weglar geboren, widmete sich dem Studium der Medizin und erwarb sich im Jahr 1830 die Doktorwürde. 1844 wurde er zum Leibarzt des Prinzen Wilhelm von Preußen, des nachmaligen Kaisers und Königs, ernannt, dessen treuer ärztlicher Rathgeber er über vierzig Jahre gewesen ist. Nachdem Lauer 1864 zum Corpsarzt des Garderegiments ernannt und im Kriegsjahr 1866 in den Adelsstand erhoben worden, ernannte der Kaiser ihn 1879 zum Generalstabsarzt und Chef des Militärmedizinischen Dienstes.

— **Berlin, 9. April.** (Privattelegramm.) Der „Königliche Arbeiterverein“ veranstaltete gestern eine Bismarckfeier. Die Festrede hielt Freiherr v. Zedlitz-Neudorf.

— **Berlin, 9. April.** (Privattelegramm.) Der neu ernannte Kammergerichtspräsident Drenkmann übernimmt

am 16. April die Leitung der Präsidialgeschäfte bei dem Kammergericht. — Professor Dubois-Reymond, der Bruder des Physiologen, bisher Professor der Mathematik an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg, ist gestorben.

— **Berlin, 9. April.** (Privattelegramm.) Wie man aus Wien berichtet, wird das Schloß Meierling auf Befehl des Kaisers in ein Kloster der Karmeliterinnen verwandelt. Die Gebäude dienen theilweise armen Leuten des Wiener Waldes als Asyl.

Kiel, 9. April. Die Taufe des Sohnes des Prinzen Heinrich ist auf den 5. Mai anberaumt; dem Vernehmen nach werden der Kaiser und der Großherzog von Hessen der Taufe beiwohnen.

Frankfurt, 9. April. Seine Hoheit der Herzog von Nassau ist mit dem Erbprinzen und Gefolge um 2 1/2 Uhr nach Koblenz abgereist.

München, 9. April. Der Kultusminister veröffentlicht die Antwort des Prinz-Regenten auf das Memorandum der bayerischen Bischöfe. Dieselbe sichert weiter die thunlichste Berücksichtigung der Wünsche der Bischöfe zu betreffen der Leitung und Besetzung der Lehrstellen an den Volksschulen, der Gymnasien, Seminaren und Universitäten, sowie die Nichtentfaltung weltlicher Kommissarien zu kirchlichen und kirchlichen Konferenzen. Die tägliche Schulmesse wird abgelehnt und die Abjurationsprüfung aus der Religionslehre für obligatorisch erklärt, die thunlichste Mitwirkung der Regierung zur Abänderung der Militärpflicht der Theologen zugesagt; die konfessionelle Scheidung der Mittelschulen wird abgelehnt, die Zulassung der Klosterfrauen an den Mädchenschulen genehmigt, das placetum regium aufrechterhalten, die Rückberufung der Redemptoristen sei zur Zeit unangänglich.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 11. April. 62. Ab.-Vorst. „Carmen“, Oper in 4 Aufzügen von G. Mailhac und L. Halévy. Musik von Georges Bizet. Anfang 6 Uhr.

Freitag, 12. April. 63. Ab.-Vorst. „Der Störenfried“, „Sie meint“, Lustspiel in 1 Akt (nach M. Bauermeister) von F. Silesius. „Das erste Mittagessen“, Schwank in 1 Akt von Karl Gödlig. „Die Unglücklichen“, Posse in 1 Akt von A. v. Rogebue, bearbeitet von L. Schneider. Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

— **Karlsruhe.** Auszug aus dem Standesbuch-Register.
Geburten. 4. April. Georg Emil Richard, B.: Nikolaus Sauer, Sergeant. — 5. April. Marie Martha, B.: Theodor Augustin, Kürschner. — Elsa Luise Emma, B.: Jakob Wölth, Wirth. — 7. April. Peter Karl, B.: Karl Witt, Restaurateur. — 8. April. Karl Maier von hier, Tapezierer hier, mit Edeltrud Seeburger, Wwe., von Burbach. — August Heinrich von Diedesheim, Schreiner hier, mit Karolina Zimmerer von Mahlberg. — 9. April. Karl Holber von hier, Kaufmann hier, mit Anna Eichhorn von Sedach. — Georg Mathis von Wittenweier, Pferdebesitzer hier, mit Adelgunde Schwab von Lippingen.

— **Eheschließungen.** 9. April. Wilhelm Dennig von hier, Schieferdecker hier, mit Maria Blocher von Heidesheim. — Georg Metz von Neupfoss, Fritzeur hier, mit Luise Graf von Barnbalt. — Albert Maer von hier, Maler hier, mit Elisabeth Fleisch von hier.

— **Todesfälle.** 8. April. Friedrich Wilhelm, 9 J., B.: Leopold Wich, Uhrmacher. — Julius, 2 J., B.: Julius Schreiber, Postbote. — 9. April. Marie, 4 M. 12 T., B.: Josef Dörr, Schlosser.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

April.	Barom. mm.	Therm. in C.	Rel. Feuchtigk. in %.	Wind.	Himmel.
8 Nachts 9 U.	733.4	+10.0	6.6	72	NE klar
8 Mrgs. 7 U.	733.1	+ 5.8	5.8	85	„ bedeckt
9. Mitts. 2 U.	734.0	+11.2	6.3	63	„ bewölkt

— **Wasserstand des Rheins.** Magau, 9. April, Mrgs. 4.10 m, gestiegen 1 cm.

Wetterkarte vom 9. April, Morgens 8 Uhr.



— **Uebersicht der Witterung.** Auch in den letzten 24 Stunden ist keine wesentliche Aenderung in der Luftdruckvertheilung eingetreten, so daß die östliche Luftströmung und somit das kalte Wetter über Mitteleuropa anhält. Nur in den südlichen Theilen, wo die Bewölkung am Morgen vorübergehend wieder zugenommen hatte, herrschen normale Verhältnisse.

Frankfurter telegraphische Kursberichte
vom 9. April 1889.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4 1/2% Deutsche Reichsanleihe	108.35	Staatsbahn	205 1/2
4% Preuss. Konf.	107.60	Lombarden	87 1/2
4% Baden in fl.	103. —	Galizier	176.70
4% „ in M.	105.35	Elbthal	180 1/4
Deherr. Goldrente	94.40	Westfälische	168. —
Silberrent.	73.80	Baden	115.60
4% Ungar. Goldr.	87. —	Bayr. Staatsbahn	181.80
1877 Russen	92.60	„	141.80
1880r	92.60	„	169.35
11. Orientanleihe	67.40	„	20.46
Italiener	96.40	„	81.05
Ägypter	91. —	„	170.22
Spanier	76. —	„	16.20
Serben	86.90	„	1 1/2
Kreditaktien	255 1/2	„	118.30
Disconto-Kommandit	238.20	„	—
Basler Bankver.	155.20	„	—
Darmstädter Bank	176. —	„	—
5% Serb. Hyp. Ob.	89.20	„	—
Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt.	159.90	Kreditaktien	301.40
„ Staatsbahn	103.20	Marknoten	59.55
Lombarden	44.70	Ungarn	102.40
Disl.-Kommand.	238.40	Tendenz: fest.	—
Laurahütte	140. —	„	—
Dortmunder	97.50	„	—
Marienburg	85.70	„	—
Böhm. Nordbahn	—	„	—
Tendenz: —	—	„	—

Norddeutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

B. 277.

Rechnungs-Abschluss für das zwanzigste Verwaltungsjahr 1888.

Einnahmen:	
Prämien-Reserve aus 1887	M. 900,597. 79
Schaden-Reserve aus 1887	117,772. —
Prämien-Einnahme für versicherte	M. 1,089,772,626 abzüglich Storni
Sinsen und Coursgeinn	110,706. 24
	M. 4,758,426. 94

Ausgaben:	
Bezahlte Brandschäden	M. 1,181,238. 95
Prämien an Rückversicherer	1,678,508. 59
Provisionen, Courtagen, Agenturkosten und Steuern	359,612. —
Verwaltungskosten	217,267. 47
	M. 3,436,627. 01

Ueberschuss	
Sie von werden zurückgestellt:	M. 1,321,799. 93
Reserve für bekannte Schäden	148,629. —
Prämien-Reserve für laufende Versicherungen	975,421. 93
	M. 1,124,050. 93

Reingewinn	
Sie von werden verwendet:	M. 197,749. —
Zur Kapital-Reserve (statt gesetzlich erforderlicher 5% = M. 9,887. 45)	15,249. —
Dividende an die Aktionäre 10% (M. 150 pr. Aktie)	150,000. —
Tantieme des Aufsichtsrathes und des Vorstandes	22,500. —
Beitrag zum Pensions- und Unterstützungs-Fonds für die Beamten der Gesellschaft	10,000. —
	M. 197,749. —

Debitores.		Bilan; am 31. Dezember 1888.		Creditores.	
Verbindlichkeit der Aktionäre	M. 6,000,000	Aktienkapital	M. 7,500,000	75	
Wechsel	632,249	Kapital-Reserve	490,545	75	
Effekten	1,195,893	Prämien-Reserve	975,421	93	
Hypotheken	621,000	Schaden-Reserve	148,629	—	
Gesellschaftshaus	414,560	Beamten-Pensions- u. Unterstützungs-Fonds	20,939	20	
Guthaben bei Banken	222,106	Rückversicherer und Agenturen	465,032	09	
Agenturen und Rückversicherer	5,252	Reingewinn pro 1888	197,749	—	
	M. 707,255				
	M. 9,798,316		M. 9,798,316	97	

SCHERING'S PEPSIN-ESSENZ

nach Vorschrift von Dr. Oscar Schering, Professor der Arzneimittellehre an der Universität zu Berlin.
 Verdauungsbeschwerden, Trägheit der Verdauung, Sodbrennen, Magenverkleinerung, die Folgen von Unmässigkeit im Essen und Trinken werden durch diese angenehm schmeckende Essenz binnen kurzer Zeit beseitigt.
 Preis 1/2 Fl. 1/2 M. 1/2 Fl. 1/2 M.
Schering's Grüne Apotheke
 Berlin N., Chaussee-Strasse 19.
 Niederl. in fast sämtl. Apoth. u. d. renom. Drogehandl. Briefl. Bestellungen werb. prompt ausgef.

R. 304.12.

Loeßlund's
 ächtes Malz-Extract
 und
Malz-Extract-Bonbons
 sind keine Geheimmittel, sondern vollkommen reelle, seit 20 Jahren bewährte, d. Magen wohlbekömmliche
Mustermittel
 Ausserst wirksam u. schleimlösend, bei Alt u. Jung beliebt. — In allen Apotheken zu haben. — Bonbons 20 u. 40 Pf., Extract 90 Pf. Man verlange stets „Loeßlund's“.

Bürgerliche Rechtspflege. Oeffentliche Zustellungen.

B. 218. 2. Nr. 8198. Freiburg.
 i. B. Der Gastwirth Friedrich Parret zu Freiburg, vertreten durch Anwalt Hirsch daselbst, klagt gegen den Agenten Bernhard Kinkel zu Strassburg i. El., zur Zeit an unbekanntem Orten abwesend, aus Mieth- und verbriefter Verpachtung in der Zeit vom 4. bis 10., 28. bis 30. November und vom 1. bis 6. und 12. bis 14. Dezember v. J., im Betrage von 58 Mark 70 Pf., mit dem Antrage auf Verurtheilung des Beklagten zur Zahlung von 58 M. 70 Pf. nebst 5% Zins vom Zustellungstage an, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großb. Amtsgericht zu Freiburg auf
 Donnerstag den 16. Mai 1889, Vormittags 9 Uhr.
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
 Freiburg i. B., den 2. April 1889.
 Dirrler,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
 B. 288. 1. Nr. 8234. Bruchsal.
 Nikolaus Breithaupt, Kronenwirth in Bruchsal, vertreten durch Anwalt Zeiser in Bruchsal, klagt gegen den Eduard Baron, Landwirth von Hambriden, zur Zeit an unbekanntem Orten abwesend, aus Darlehen und Kauf von Weizen und Getreide laut Schuldschein vom 27. März 1886, mit dem Antrage auf Verurtheilung des Beklagten durch vorläufig vollstreckbares

Urtheil zur Zahlung von 60 Mark 14 Pf. nebst 5% Zins vom 27. März 1886 an, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großb. Amtsgericht zu Bruchsal auf
 Freitag den 21. Juni 1889, Vormittags 9 Uhr.
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
 Bruchsal, den 8. April 1889.
 Großb. bad. Amtsgericht.
 Riffel,
 Konturschreiber.

B. 289. Nr. 4780. Gr. Amtsgericht Ueberlingen. In dem Konkursverfahren gegen Theodor Weggis von Kuppenhausen ist besonderer Termin zur Prüfung einer Forderung der Gr. Obergerichtsbehörde hier bestimmt auf Donnerstag, 16. Mai, Vorm. 10 Uhr, im Rathhause zu Weinsburg, Ueberlingen, den 6. April 1889.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Baumann.

B. 245. Nr. 2454. Offenburg.
 Die Ehefrau des Bernhard Jasp in Bergshaupten, Franziska, geb. Frutich, hat durch Rechtsanwalt Wunmler gegen ihren genannten Ehemann eine Klage auf Vermögensabsonderung bei Großb. Landgericht dahier erhoben und ist Termin zur Verhandlung hierüber vor der Civilkammer I auf
 Samstag den 1. Juni d. J., Vormittags 8 1/2 Uhr,
 anberaumt, was zur Kenntnissnahme der Gläubiger hiermit veröffentlicht wird.
 Offenburg, den 5. April 1889.
 Die Gerichtsschreiberei des Großb. bad. Landgerichts.
 Dr. Engelhard.
 Verschollenheitserklärung.
 B. 175. 1. Nr. 3405. Sinsheim.
 Das Großb. Amtsgericht hier selbst erließ unterm Heutigen folgendes Aufgebot:
 Sigmund Seligmann von Rohrbach, geboren am 15. August 1855, Sohn des verstorbenen Kaufmanns Samson Seligmann von dort, ist vor ca. 16 Jahren nach Amerika gereist und hat seit mehr als 15 Jahren nichts mehr von sich hören lassen.
 Auf Antrag seiner Mutter Samson Seligmann Bwe, Regina, geb. Emanuel, und seiner voll- und halbblütigen Geschwister wird der vermählte Sigmund Seligmann nunmehr aufgefördert, binnen Jahresfrist sein
 Kenntniss von seinem derzeitigen Aufenthaltsort anzuzeigen, widrigenfalls er für verschollen erklärt und sein Vermögen seinen muthmaßlichen Erben, den Antragstellern, gegen Sicherheits-

leistung in fürsorglichen Besitz gegeben würde.
 Sinsheim, den 25. März 1889.
 Der Gerichtsschreiber
 Großb. bad. Amtsgerichts:
 Häfner.
Erbscheinverfügungen.
 B. 25. 2. Nr. 9399. Forzheim.
 Flechner Carl Günther Ehefrau, Emilie, geb. Reinhold von hier, hat, nachdem die gesetzlichen Erben verstorben sind, gebeten, sie in die Gewär des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes einzusetzen. Wir werden diesem Gesuche stattgeben, wenn nicht binnen 6 Wochen Einsprache dagegen erhoben wird. Forzheim, den 20. März 1889.
 Großb. bad. Amtsgericht. Frey.
 Dies veröffentlicht: Der Gerichtsschreiber: Rittelmann.
 B. 48. 2. Nr. 7452. Bruchsal. Die Witwe des Landwirths Johann von Rands in Zeuthen, Margaretha, geb. Reißer, hat um Einweisung in Besitz und Gewär des Nachlasses ihres Ehemannes gebeten.
 Diesem Antrag wird entprochen, wenn nicht innerhalb vier Wochen Einwendungen hiergegen erhoben werden.
 Bruchsal, den 29. März 1889.
 Großb. bad. Amtsgericht.
 Der Gerichtsschreiber:
 Riffel.
 B. 33. 2. Nr. 3657. Sinsheim.
 Das Großb. Amtsgericht hier selbst erließ unterm Heutigen folgenden veröffentlichten Beschl. u.
 Auf Absterben des Waldhüters Christoph Knörzer von Terschlingen hat dessen Witwe, Louise, geb. Streib, um Einweisung in den Besitz und die Gewär der Verlassenschaft ihres Ehemannes gebeten und werden wir diesem Gesuche entsprechen, falls nicht binnen 6 Wochen Einwendungen hiergegen erhoben werden.
 Sinsheim, den 29. März 1889.
 Der Gerichtsschreiber
 Großb. bad. Amtsgerichts:
 Häfner.
 B. 115. 1. Nr. 3293/3308. Sickingen.
 Josef Rohrbrenner Witwe, Augusta, geb. Kaiser von Altschwand, hat um Einweisung in Besitz und Gewär des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes gebeten.
 Einsprachen hiergegen sind binnen 3 Monaten zu erheben.
 Sickingen, den 31. März 1889.
 Gr. bad. Amtsgericht.
 (ges.) Siegel.
 Die Uebereinkommen mit der Urschrift beurkundet.
 Der Gerichtsschreiber:
 Kaiser.
Erbscheinverfügungen.
 B. 39. 2. Nr. 3293. Die drei Geschwister Johann und Hilipp Stephan, hier angeblich in Brooklyn, sowie Augusta Stephan, angeblich in New-York wohnhaft, alle gebürtig von Erbersbronn bei Forch, sind zu dem Nachlass ihres am 28. Januar 1889 daselbst verstorbenen Mutter, der Engelbert Stephan Ehefrau, Karoline, geb. Höb, kraft Gesetzes als Erben gerufen.
 Dieselben werden, da ihr genauer Aufenthaltsort nicht bekannt ist, zur Anmeldung ihrer Erbscheinverträge auf diesem Wege öffentlich vorgeladen, unter dem Androhen, daß wenn sie innerhalb drei Monaten dahier nicht erscheinen, die Erbschaft ihnen nicht zugeschieden werden, welchen sie zustimmen, wenn sie beim Erbschein nicht mehr am Leben gewesen wären.
 Sickingen, den 29. März 1889.
 Der Großb. Notar:
 Wießler.
 B. 215. Billingen. Vitus Bruder, geboren den 18. September 1841 zu Dauchingen, und Magnus Bruder, geboren am 15. September 1848, beide Söhne des Landwirths Martin Bruder und der Maria Agatha, geb. Schneider von Dauchingen, sind zur Erbschaft ihres zu Dauchingen am 23. März 1889 verstorbenen Vaters, des Landwirths Martin Bruder von Dauchingen, kraft Gesetzes mitberufen.
 Dieselben oder deren eheliche Leibeserben werden, da deren Aufenthaltsort hierlands nicht bekannt ist, mit Frist von drei Monaten zu den Theilungsverhandlungen mit dem Bedenten öffentlich vorgeladen, daß im Nichterscheinungsfalle die Erbschaft würde ihnen zugeschieden werden, welchen sie zustimmen, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbscheins nicht mehr am Leben gewesen wären.
 Billingen, den 3. April 1889.
 Der Großb. Notar:
 Denbach.

PARFUMERIE-ORIZA L. LEGRAND
 207, Rue St-Honoré, PARIS
 VERZEICHNIS DER CONCRETEN PARFUMS:
 Violette du Czar.
 Jasmin d'Espagne.
 Hélotrope blanc.
 Lilas de Mai.
 Foin coupé.
 Oriza lys.
 Jockey-Club.
 Opopanax.
 Caroline.
 Mignardise.
 Impératrice.
 Oriza-Derby.
PARFUMS-ORIZA IN FESTER FORM
 Interessante Pariser Erfindung.
12 kostliche Parfums
 in Form von Stiften und Pastillen.
 Ein leichtes Bestreichen genügt um augenblicklich jeden gewünschten Gegenstand zu parfümiren.
 VOR NACHAHMUNGEN WIRD GEWART.
 Zu haben in allen Coiffeur- u. Parfumeriegeschäften.

Zwangsversteigerung.

B. 208. Bruchsal.
Antündigung.
 Infolge richterlicher Verurtheilung wird dem Fabrikanten Julius Gros dahier, i. St. in Freiburg,
 Freitag den 10. Mai 1889, Nachmittags 2 Uhr,
 im Rathhause zu Bruchsal die untererwähnte Kiegelei der Gemarkung Bruchsal einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt und als Eigentum endgültig zugeschlagen, wenn wenigstens der Schätzungspreis erreicht wird.
 Lagerbuch Nr. 12414:
 41 Ar 91 Meter Wiesen in den Ziegelmiesen, worauf erbaut:
 a. Forterwohnung mit Balkenunterlage,
 b. Comptoirgebäude mit Balkenunterlage,
 c. Arbeitsaal ohne Keller,
 d. Färbereigebäude,
 e. Kesselhaus ohne Keller,
 f. Dampflamin, kreisrund gebaut,
 g. Senghaus ohne Keller,
 h. Trockenhaus ohne Keller,
 neben Schindel und Hennig und Louis Marx.
 Nach Eintrag im Grundbuch hat der Besitzer das Recht der Mitbenutzung des Bahngeländes der Herren Schindel und Hennig unter den in § 7 des im Grundbuch eingetragenen Kaufvertrages enthaltenen Bedingungen und Beschränkungen 60000 M.
 Bruchsal, den 30. März 1889.
 Großherzogl. Notar
 Kirchgänger.

Bern. Bekanntmachungen.

B. 262. 1. Nr. 2262. Mannheim.
Großb. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Die nachstehenden Bauarbeiten zur Herstellung eines Dienstwohngebäudes für einen Bahnmeister auf diesem Centralgüterbahnhofe in der Nähe des Hafenanlages sollen im Submissionswege einzeln oder im Ganzen vergeben werden.
 1. Erd-, Maurer- und Steinbauarbeiten . . . 7400
 2. Verputzarbeiten . . . 760
 3. Zimmerarbeiten . . . 1760
 4. Schreinerarbeiten . . . 1020
 5. Glaserarbeiten . . . 430
 6. Schlosserarbeiten . . . 460
 7. Flechenerarbeiten . . . 260
 8. Anstreicharbeiten . . . 500
 9. Pfisterarbeiten . . . 140
 Kostenschätzungen, in welche von den Submittenten die Einzelpreise einzutragen sind, werden auf der Kanzlei des Unterzeichneten, woselbst auch die Pläne und die Bedingungen zur Einsicht aufzulegen, auf Verlangen abgegeben. Die Angebote sind längstens bis zum 17. April d. J., Vormittags 10 Uhr, zu welcher Zeit die Eröffnung der Submissionen stattfindet, an den Unterzeichneten einzureichen.
 Mannheim, den 6. April 1889.
 Bahnbaupflichter.

Bekanntmachung.

B. 253. Nr. 134. Achern.
 Zur Fortführung der Vermessungswerte und der Lagerbücher nachfolgender Gemarkungen ist im Einverständnis mit den Gemeinderäthen der beteiligten Gemeinden Tagfahrt jeweils auf dem Rathhause der betreffenden Gemeinde anberaumt; für die Gemarkung
Walzhofen: Mittwoch den 17. April d. J., Vormittags 9 Uhr.
Oberweier: Samstag den 20. April d. J., Vormittags 8 Uhr.
Oberbruch: Samstag den 27. April d. J., Vormittags 9 Uhr.
Jurischbach: Montag den 29. April d. J., Vormittags 9 Uhr.
Seebach: Dienstag den 30. April d. J., Vormittags 9 Uhr.
Großweier: Samstag den 4. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr.
 Die Grundeigentümer werden hier von mit dem Anfügen in Kenntniss gesetzt, daß das Verzeichniß der seit der letzten Fortführung eingetretenen, dem Gemeinderath bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum während acht Tagen vor dem Fortführungstermin zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathhause aufgelegt; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichniß vorgemerkten Veränderungen in dem Grundeigentum und deren Beurkundung im Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Tagfahrt vorzutragen. Die Grundeigentümer werden gleichzeitig aufgefordert, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundeigentum

B. 262. Karlsruhe.

Großb. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Vom 10. April d. J. ab wird der Artikel rothe Thomasschlacken in Verbindung von 10000 Kilogramm von Robinson Station und Grenze nach Ettlingen zu den Frachtsätzen des Ausnahmefachtarifs für Koksisen abgefertigt.
 Karlsruhe, den 8. April 1889.
 General-Direktion.

B. 263. 1. Nr. 1766. Offenburg.

Großb. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Die Arbeiten zur Errichtung eines neuen Bahnwartshauses auf der Station No. 10. der Kellerei Bahn sollen im Submissionswege vergeben werden und sind veranschlagt:
 I. Grab- und Maurerarbeit . . . 3414 42
 II. Steinmauerarbeit . . . 374 75
 III. Verputzarbeit . . . 290 96
 IV. Zimmerarbeit . . . 1085 84
 V. Schreinerarbeit . . . 470 37
 VI. Glaserarbeit . . . 231 42
 VII. Flechenerarbeit . . . 239 50
 VIII. Schlosserarbeit . . . 215 67
 IX. Anstreicharbeit . . . 292 46
 Summa . . . 6615 39
 Die Submissionsangebote auf die Einzel- oder Gesamtarbeiten sind verschlossen und mit der nöthigen Aufschrift versehen portofrei längstens bis **Samstag den 27. April d. J., Vormittags 10 Uhr**, an den Unterzeichneten einzuliefern.
 Pläne, Voranschlag und Bedingungen liegen auf diesseitigem Bureau zur Einsichtnahme auf.
 Offenburg, den 6. April 1889.
 Der Großb. Bahnbaupflichter.

B. 283. Karlsruhe.

Brennholz-Lieferung.
 Die Lieferung des Brennholzes bedarfs Großb. Ministeriums des Innern für den Winter 1889/90 sind etwa 250 Ster soll im Submissionswege vergeben werden.
 Angebote sind spätestens bis zum 25. d. Mts. bei der Bureaukasse-Verrechnung Großb. Ministeriums des Innern einzureichen, woselbst auch die Bedingungen einzusehen werden können.
 Karlsruhe, den 9. April 1889.

B. 271. 3. Nr. 63 II. Ettlingen.

Submission.
 Die Lieferung von 2 einmännigen und 10 zweimännigen Mannschafschützen soll an den Mindestfordernden vergeben werden und ist hierzu auf **Mittwoch den 17. April d. J., Vormittags 10 Uhr**, im Bureau des Hauptmeisters ein Termin festgesetzt, woselbst auch die Bedingungen einzusehen sind.
 Ettlingen, den 8. April 1889.
 Kommando
 der Unteroffizier-Schule Ettlingen.

B. 280. Nr. 71. Schopfheim.

Bekanntmachung.
 Zur Aufstellung des Lagerbuches der Gemarkung Dauten wird Tagfahrt auf **Dienstag den 23. d. M.,** von Vormittags 8 Uhr an, in das Rathhaus daselbst anberaumt.
 Die Grundeigentümer dieser Gemarkung werden hier von in Kenntniss gesetzt und gemäß Art. 7 der Landesherlichen Verordnung vom 11. Sept. 1883 aufgefordert, in obiger Tagfahrt die zu Gunsten ihrer Eigenschaften etwa bestehenden Grunddienstbarkeiten, unter Anführung der Rechtsurkunden, dem Unterzeichneten zum Eintrag in das Lagerbuch anzumelden.
 Schopfheim, den 7. April 1889.
 Der Bezirksgeometer:
 Tschertter.
 (Mit einer Beilage.)